

ten. Hätte man Lauter nicht eingengt, sondern unterstützt, glaubt der Insider Buthmann, so hätte dieser „tatsächlich Weltruhm nicht nur mit seinem Projekt SESAME (Struktur und Energetik der Strato- und Menosphäre) erlangt, auch der Forschungsstandort Potsdam-Berlin-Warnemünde wäre rasch führend in der Welt geworden“ (S. 913).

Der Forschungsgegenstand DDR gilt wohl zu Recht seit Jahren als „überforscht“. Dennoch kommt Buthmann mit seinem monumentalen Werk nicht zu spät. Die Fülle des Materials und die Konzentration auf zukunftsbestimmende Technologien machen diese quellengesättigte Analyse zu einem Standardwerk für alle diejenigen, die fragen, warum die DDR nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich gescheitert ist. Zum Schluss sei die rein hypothetische Frage erlaubt, was in der Zentralverwaltungswirtschaft einer „Diktatur des Proletariats“ wohl anders gelaufen wäre, hätte die Parteiführung den Wissenschaftlern Vertrauen entgegengebracht, statt sie zu indoktrinieren?

*Gerhard Barkleit, Wilhelm-Weitling-Straße 42A, 01259 Dresden.*



*Michel Christian/Jens Gieseke/Florian Peters, Die SED als Mitgliederpartei. Dokumentation und Analyse, Berlin 2019 (Ch. Links), 186 S.*

Am 25. Mai 1964 stellte der 24-jährige Peter Urbach (1941–2011) in Berlin (West) einen Antrag um Aufnahme in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Obligatorisch fügte er einen Lebenslauf bei, in dem er sich als Sohn eines Beamten auswies. Im Aufnahmeformular selbst war er gehalten, Angaben zu seiner sozialen Herkunft und seinem erlernten Beruf sowie seine aktuelle Tätigkeit anzugeben. Zu seiner Herkunft hätte er Beamter angeben müssen, vermerkte jedoch zunächst Arbeiter, um dies dann durch Angestellter zu ersetzen. Bei seinem erlernten Beruf gab er Klempner an, und bei der ausgeübten Tätigkeit notierte er seinen Arbeitsplatz, nicht jedoch die Arbeit als Werkhelfer. Nachdem seine Parteiorganisation sowie deren Leitung über Urbachs Aufnahme beraten hatten, erhielt er am 16. Juli 1964 sein Mitgliedsbuch mit der Nummer 2 094 ausgehändigt; 1968 wurde er wieder ausgeschlossen. Auf der zu ihm intern angelegten Karteikarte dürfte demnach seine soziale Herkunft mit Angestellter aufgetragen worden sein. Das Ausfüllen des Fragebogens dürfte auch den West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras (1927–2014) betroffen haben. Denn der 35-Jährige begehrte am 15. Dezember 1962 die Mitgliedschaft in der SED, die ihm nach einer Kandidatenzeit am 16. Januar 1964 gewährt wurde und im Jahre 1967 auslief. Zu seiner sozialen Herkunft wie auch der ausgeübten Tätigkeit hätte er jeweils Beamter angeben müssen. Bei der zu ihm wie auch zu Urbach angelegten Mitgliedskarteikarte selbst, die von der SED verwaltet wurde, kann das nicht

mehr überprüft werden. Diese – wie auch die Kartei insgesamt – ist offenbar vernichtet worden, vermutlich im November 1989. Mithin ist nicht ohne Weiteres zu ermitteln, wie viele Bürger aus anderen Staaten als der DDR der SED angehört haben, geschweige denn, welche soziale Herkunft diese haben. Es verbleiben diesbezüglich überwiegend statistisch aggregierte Daten.

Diesen widmen sich die drei Historiker des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam Michel Christian, Jens Gieseke und Florian Peters in der Dokumentation „Die SED als Mitgliederpartei“, die als neunter Band der von Jens Gieseke, Thomas Lindenberger und Martin Sabrow herausgegebenen Reihe „Kommunismus und Gesellschaft“ erschienen ist.

Jens Gieseke befasst sich in dem einführenden Beitrag „Die zwei Körper der SED“ mit der Funktion und Bedeutung der Mitgliederstatistik einer kommunistischen Staatspartei. Für ihn „dienten Größe und innere Zusammensetzung der SED als Mitgliederpartei dazu, gesellschaftliche Gruppen zu repräsentieren“ (S. 9). Eine „breite Veröffentlichung der Datenreihe kam nicht infrage“, konstatiert er, lediglich Einzelangaben fanden zu Zeiten der DDR den Weg an die Öffentlichkeit (S. 15). Erstmals im Januar 1986 legte die SED detailliertere Angaben vor, die das Potenzial hatten, die Imagination als Arbeiterpartei „infrage zu stellen“ (S. 17), wonach der Anteil der Produktionsarbeiter unter den Mitgliedern im Jahre 1985 mit 37,9 Prozent angegeben wurde. In diesem Zusammenhang macht Gieseke auf den zu Unrecht vergessenen westlichen DDR-Forscher Peter Christian Ludz aufmerksam, der für das 1985 erschienene, unter der Leitung von Hartmut Zimmermann herausgegebene „DDR-Handbuch“ die parteioffiziellen Daten zusammengetragen hat (S. 19). Die Rolle der Mitgliedschaft in der SED sieht Gieseke in der „repressiven Machtsicherung“, dem „alltäglichen Gesellschaftsmanagement“ und in der „Produktion und Reproduktion von Legitimationsdiskursen“.

Florian Peters geht der Geschichte der Mitgliederstatistik als Herrschaftslegitimation nach, widmet sich den diversen Einstufungen und Zählungen, die Änderungen erfuhren. Bei Gründung im April 1946 wurden von der SED 1,3 Millionen Mitglieder angegeben, eine Anzahl, die offenbar nicht belastbar ist (S. 27). Ein Jahr später waren es denn schon 1,8 Millionen, die im Zuge einer „Parteisäuberung“ im Jahr 1951 auf 1,26 Millionen absackte (S. 28). Interessanter ist Peters Beobachtung, wonach der Anteil der Angestellten unter den Mitgliedern im Jahre 1955 den der Arbeiter zu überflügeln drohte, was durch einen statistischen Kniff – leitende Angestellte wurden kurzerhand der Gruppe der „Intelligenz“ zugeschlagen – aufgefangen werden konnte, womit der Arbeiteranteil mit 34,2 Prozent über dem der Angestellten blieb, der auf 31,9 Prozent absackte (S. 34). Die Mitgliederzahl stieg in den 1960er-Jahren auf 1,8 Millionen an (S. 43), verharrte in den 1970er-Jahren bei 1,9 Millionen (S. 46), um dann zuletzt 2,3 Millionen aufzuweisen (S. 54).

Michel Christian schließlich befasst sich mit den Mitgliedern unter dem Gesichtspunkt „Fundament der Partei“, entwickelt Umriss einer Sozialgeschichte der SED-Mitgliedschaft und geht der Frage nach, auf welche Weise die

SED ihre Macht ausübte und diese halten konnte (S. 61). Nach einzelnen regionalen Untersuchungen für das Jahr 1953 befanden sich etwa 21 bis 32 Prozent ehemalige Sozialdemokraten unter den SED-Mitgliedern, eine Größenordnung, die sich auf zentraler Ebene mit etwa zehn Prozent nicht abbildete (S. 64). Der Anteil ehemaliger Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder der Hitlerjugend betrug zu dieser Zeit etwa zwölf Prozent (S. 66). Die SED verfügte gleichfalls in jener Zeit über 12 300 hauptamtliche Mitarbeiter sowie 1 845 hauptamtliche Parteisekretäre und hatte laut Christian folglich einen der „engmaschigsten“ Parteiapparate „der kommunistischen Parteien des Ostblocks“ (S. 71). Die SED, die er als „Partei der Revolution zur Partei der Ordnung“ im Jahre 1963 ansieht (S. 83), verzeichnete einen Anstieg der Angestellten und der akademischen Berufe unter den Mitgliedern (S. 86), wobei der Anteil der Frauen zuletzt 36 Prozent betrug. 18 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der DDR gehörten nach Christian der SED an (S. 108).

Der zweite Teil des schmalen Bandes dokumentiert die Statistik zu den SED-Mitgliedern (S. 111–175), versucht die soziale Zusammensetzung für die Jahre 1961 bis 1989 „bereinigt“ darzulegen (S. 160–169). Demnach waren zuletzt 37,1 Prozent unmittelbar als Arbeiter tätig. Mithin liegt nun eine nützliche Dokumentation über die Anzahl der SED-Mitglieder und ihrer sozialen Zusammensetzung vor. Nur Peter Urbach und Karl-Heinz Kurras finden sich darin nicht wieder; statistisch ist das sicherlich zu vernachlässigen, analytisch jedoch erwähnenswert. Es waren nicht allein Bürger der DDR Mitglied der SED, sondern beispielsweise auch aus Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland.

*Helmut Müller-Enbergs, Syddansk Universitet, Campusvej 55, 5230 Odense M.*



*Eckhard Jesse/Tom Mannewitz/Isabelle-Christine Panreck (Hg.), Populismus und Demokratie, Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden 2019 (Nomos Verlagsgesellschaft), 357 S.*

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der aus einem Promotionskolleg der Hanns-Seidel-Stiftung hervorgegangene Sammelband vereint 14 Beiträge von durchweg solider Qualität, die das Versprechen des Titels erfüllen, einen interdisziplinären Blick auf die Forschungsfelder Populismus und Demokratie zu werfen. Es handelt sich erfreulicherweise nicht um Kurzfassungen der bereits veröffentlichten oder noch zu erwartenden Dissertationsschriften, sondern um eigenständige Beiträge, die an die Promotionsvorhaben anknüpfen oder benachbarte Pfade einschlagen. Die qualitativen Unterschiede zeigen sich lediglich darin, dass einige Aufsätze innovativere oder anspruchsvollere Forschungsfragen und Methoden anwenden als andere.